



**Mechthild Rawert.**

Ihre SPD-Bundestagsabgeordnete  
für Tempelhof-Schöneberg.



■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

**kompetent. lebensnah. vor Ort.**

## **Liebe Tempelhof-SchönebergerInnen,**

Meine politischen Prioritäten als SPD-Gesundheitspolitikerin sind geprägt durch mein Engagement gegen die Entsolidarisierung und die soziale Spaltung in den Feldern Gesundheit und Pflege. Seit 2005 setze ich mich deshalb als Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages für eine solidarische Gesundheitsversorgung für alle ein. Aktuelle Vorschläge der SPD für eine solidarische Bürgerversicherung, für ein leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung für alle, für eine würdevolle Pflege, zur Stärkung der PatientInnenrechte, und von Prävention, gegen Korruption im Gesundheitswesen liegen vor.

Die Finanzierung der Bürgerversicherung wird sich aus drei Beitragssäulen (Bürgerbeitrag, Arbeitgeberbeitrag und dynamisierter Steuerbeitrag) zusammensetzen. Wir werden damit die paritätische Finanzierung wieder einführen, Arbeitgeber müssen sich wieder zur Hälfte an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligen. Wir wollen eine einheitliche Honorarordnung für ÄrztInnen einführen. Diese wird die Ansiedlung von Hausund FachärztInnen in Regionen mit einem hohen Anteil an privat Versicherten abbauen helfen. Wir schaffen mit der Bürgersozialversicherung außerdem Anreize für Qualitätssteigerungen und mehr Integrierte Versorgung (IV).

Leider nehmen aktuell Berichte über Korruption im Gesundheitswesen zu. So ist der Transplantations-Skandal an den Universitätskliniken in Göttingen und Regensburg ein Rückschritt für viele Betroffene, da die Organspendebereitschaft dadurch sinken könnte. Deutlich ist, dass wir hier schärfere Kontrollen benötigen. Wir werden diesen Skandal und die daraus zu ziehenden Konsequenzen in den nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses diskutieren. Auch die Vergünstigungen der Pharmaindustrie für ÄrztInnen – darunter versteht man auch Honorare für die Verschreibung bestimmter Medikamente der Pharmaunternehmen – bedürfen einer gesetzlichen Initiative. Wir werden als SPD-Fraktion zum sogenannten „korruptiven Verhalten“ von niedergelassenen ÄrztInnen noch in dieser Legislatur tätig werden.

Jede und jeder soll eine würdevolle Pflege erhalten, unabhängig vom Vorliegen einer somatischen, kognitiven oder psychischen Erkrankung. In unserem Antrag „Für eine umfassende Pflegereform - Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“ fordern wir die Bundesregierung auf endlich die seit 2009 vorliegenden Vorschläge für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umsetzen. Zu einer würdevollen Pflege gehört aber auch ein qualitativ hochwertiges Pflegen - unabhängig davon, ob dieses zu Hause oder in (teil-)stationärer Umgebung erfolgt. Angehörige sollen stärker entlastet werden, auch durch einen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung. Wohnortnahe Pflegestützpunkte, die eine umfassende Beratung anbieten, sind auszubauen.

## **Meine aktuellen Vorhaben in der Gesundheits- und Pflegepolitik**

Für mich ist die PatientInnenperspektive entscheidend. Ich befasse mich derzeit konkret mit den „Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL)“, der für Frauen relevanten „Rezeptfreiheit für Notfallkontrazeptiva (Pille danach)“, der Stärkung der Pflege- & Gesundheitsberufe und dem für Paare bedeutsamen Thema der künstlichen Befruchtung.

## ■ **Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) eindämmen**

MedizinerInnen als Kaufleute, PatientInnen als KundInnen – diesen Eindruck haben immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Arztpraxen. Das so wichtige „Arzt-Patientenverhältnis“ wird mehr und mehr durch IGeL gestört. Deshalb habe ich den Antrag „Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen“ (Drs. 17/9061) geschrieben. Er wurde im Juni in 1. Lesung im Plenum debattiert; im Herbst ist eine öffentliche Anhörung im Gesundheitsausschuss geplant. Einige der Forderungen: Vor dem Verkauf einer IGe-Leistung muss ein persönliches Aufklärungsgespräch durch die ÄrztIn erfolgen. Es muss ein schriftlicher Behandlungsvertrag abgeschlossen und eine schriftliche Rechnung gestellt werden. Auch sollen PatientInnen vor dem „IGeLn“ eine Bedenzeit erhalten. Der Markt der IGe-Leistungen soll regierungsseitig stärker evaluiert werden.

## ■ **Pflege- und Gesundheitsberufe stärken**

Der Fachkräftemangel ist im Gesundheitsbereich und in der Pflege angekommen, Tendenz steigend. Ich arbeite an einem Antrag zur Neuordnung der bundesgesetzlich geregelten Berufe in der Altenhilfe, der Kranken- und Kinderkrankenpflege. Ich möchte, dass die Ausgebildeten lange und gern in ihrem Berufsfeld bleiben und plädiere deshalb für eine generalistische Ausbildung von Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege mit einem gemeinsamen Berufsabschluss. Die Ausbildung muss außerdem gebührenfrei werden. Das von Auszubildenden selbst zu tragende Schulgeld muss deshalb abgeschafft werden. Wettbewerbsvorteile für nicht-ausbildende Unternehmen gegenüber Ausbildungsbetrieben sind zu stoppen. Nicht-ausbildende Einrichtungen sollen künftig durch eine bundeseinheitliche Ausbildungsplatzumlage und durch eine Umlagefinanzierung an der Finanzierung der Ausbildung und der Ausbildungsvergütung beteiligt werden. Nötig ist die Förderung des dritten Ausbildungsjahres für die berufliche Weiterbildung in der Alten- und Krankenpflege.

## ■ **Die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung von Frauen stärken**

Mit der „Pille danach“ auf Levonorgestrel-Basis kann eine ungewollte Schwangerschaft vermieden werden, wenn das Medikament zeitnah eingenommen wird. Die „Pille danach“ ist weltweit in 79 Staaten rezeptfrei in der Apotheke erhältlich. Für Deutschland gilt noch die Verschreibungspflicht, obwohl europäische Studien die guten Erfahrungen wissenschaftlich belegen: Nirgendwo sind gesundheitliche Beeinträchtigungen für die Frauen bekannt. Der Sachverständigenausschuss des Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat die Aufhebung der Verschreibungspflicht 2003 bzw. 2009 empfohlen. Der Grund des Zauderns ist das Fehlen der Bundesratsmehrheit für diese Neuregelung der Arzneimittelverschreibungsverordnung. Ich habe nun den Antrag „Rezeptfreiheit von Notfallkontrazeptiva (‘Pille danach’) gewährleisten“ ins parlamentarische Verfahren eingebracht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode das Notfallkontrazeptiva aus der Verschreibungspflicht zu entlassen. Vor der Vergabe des Arzneimittels hat eine Beratung in der Apotheke zu erfolgen.

## ■ **Künstliche Befruchtung**

Derzeit laufen intensive Diskussionen über die Förderung von Maßnahmen zur Künstlichen Befruchtung. Derzeit sieht der § 27a SGB V vor, dass die medizinischen Maßnahmen zur Herbeiführung einer Schwangerschaft nur heterosexuellen Paaren unter bestimmten Bedingungen zur Verfügung stehen. Paare erhalten (außer in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit 75%) für die ersten Versuche 50% Zuzahlungen durch die gesetzlichen Krankenkassen. Der Fortbestand dieser Regelung gehört auf den Prüfstand, da das Bundesverfassungsgericht am 1.8.2012 das Verbot der Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft beim beamtenrechtlichen Familienzuschlag als verfassungswidrig bejaht hat. Da heute 30 Prozent der Paare nicht verheiratet sind, entspricht die Koppelung der Finanzierung an den Ehestatus nicht der gesellschaftlichen Realität. Ich werde mich in der SPD-Bundestagsfraktion für eine entsprechende Lösung einsetzen.

Wer das Problem „ungewollte Kinderlosigkeit“ im Sinne der Betroffenen lösen und nicht nur, wie die zuständige Ministerin Kristina Schröder ein Thema besetzen will, muss ein komplettes familien- und gesundheitspolitisches Maßnahmenbündel schnüren, um die heutige junge Generation zu mehr Kindern zu ermutigen. Dazu gehören der Abbau prekärer Berufsstrukturen und mehr Kinderbetreuungsangebote.

## ■ **Schauen Sie auf meine Website [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)**

## ■ **Abonnieren Sie meinen Newsletter**

## ■ **Treffen Sie mich auf Facebook: [www.facebook.com/mechthild.rawert](http://www.facebook.com/mechthild.rawert)**